

Gelsenkirchen-Buer, 15.01.2011 (*Es gilt das gesprochene Wort*)

**Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Gäste,
liebe Freundinnen und Freunde,**

ich danke Ihnen, dass Sie unserer Einladung zum
Neujahrsempfang der Gelsenkirchener Grünen gefolgt sind.

Sie verstehen sicher, dass ich heute nicht alle begrüßen kann,
daher möchte ich ganz besonders unseren Oberbürgermeister
Frank Baranowski begrüßen – schließlich ja unser aller oberster
politischer Repräsentant in der Stadt: Herzlich willkommen, Herr
Baranowski!

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist naturgemäß nicht ganz einfach, das kommende politische
Jahr vorherzusehen.

Darum möchte ich zunächst einen Blick ins vergangene Jahr
werfen:

- im Land wurde Schwarz-Gelb durch eine Rot-Grüne
Minderheitsregierung abgelöst.
- in Duisburg haben wir kurz darauf eine entsetzliche Tragödie
erleben müssen.

- die größte Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte wurde scheinbar überwunden.
- in Afghanistan ist die Zahl der bisher gezählten Kriegstoten auf fast 25.000 angestiegen, die der getöteten NATO-Soldaten auf über 2.200.
- in Stuttgart, Berlin, in Gorleben und anderswo haben sich Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger gegen eine abgehobene politische Entscheidungskultur erhoben.
- in Cancún beim Weltklimagipfel wurden wieder keine bindenden Abkommen getroffen und nur das kleine Bolivien mahnte dort aus der Tradition seiner indigenen Kultur nachdrücklich den Schutz der „Mutter Erde“ an.
- in Gelsenkirchen hat die SPD durchregiert und wir – wie ich finde ganz gut – opponiert, in Düsseldorf haben wir dagegen zusammen – und auch ein bisschen mit den anderen – regiert und in Berlin haben CSU und FDP zugleich regiert und opponiert.
- ach ja – und nicht zu vergessen: Felix Magath hat dann die Mannschaft doch noch in den Griff bekommen...

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich einen sehr klugen Menschen zitieren, um daraus, angesichts dieses aufwühlenden politischen Jahres, dann vielleicht doch noch einige Aussagen für das kommende Jahr ableiten zu können.

Albert Einstein sagte einmal:

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

- dies gilt bestimmt für den offensichtlichen Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der – wie Helmut Schmidt sagen würde – „politischen Klasse“.
- dies gilt für den vollkommen aus dem Ruder gelaufenen Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr.
- dies gilt aber auch für die Finanz- und Wirtschaftskrise, die eben nicht überwinden ist, sondern die sich zu einer Krise unserer Staatshaushalte, des Euro und ganzer Volkswirtschaften entwickelt hat.
- und wer denn glaubt, aus dieser Krise könnten wir mit dem altbekannten Wachstumsrezept herauskommen, der sieht sich dann wieder unmittelbar mit dem Problem des Klimawandels konfrontiert.

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Albert Einsteins Satz ist am Ende weitreichender, als viele von uns denken mögen, vielleicht noch denken wollen.

Liebe Gäste, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ebenso wie unserer heutiger Gast, unserer Landesvorsitzender Sven Lehmann, habe auch ich die Ehre, von meiner Partei in ein Zukunftsforum berufen worden zu sein, wo wir derzeit die drängenden Probleme der Zeit und unsere Grünen Antworten hierauf diskutieren.

Dort habe ich vor kurzem gesagt, dass wir bei all den scheinbar übermächtigen, global gewordenen Problemen zunächst eine entscheidende Frage für uns beantworten müssen:

Wollen wir weiterhin in freien, offenen Gesellschaften leben, oder nehmen wir es einfach hin, dass wir unter die Zwänge der globalen Krisen geraten und immer mehr nur den Notstand verwalten?

Und es sind nicht unbestimmte „nachfolgende Generation“, die die Konsequenzen unserer Antwort auf diese Frage bereits kennen lernen werden, es sind unsere schon lebenden Kinder.

- darum ist es jetzt an der Zeit, nicht erst morgen, unsere Demokratie weiterzuentwickeln und zu vertiefen, wenn wir sie erhalten wollen, das heißt auch, uns aus unseren parteipolitischen Schneckenhäusern herauszuwagen und unsere Parteien zu öffnen.
- darum ist es jetzt an der Zeit, die Verteilungsfrage anzugehen und uns nicht weiter erzählen zu lassen, wenn die Reichen nur reich genug sind, fällt für die Ärmeren schon genug ab.
- es ist jetzt an der Zeit, den Umbau der Industriegesellschaft auf eine vollständige Kreislaufwirtschaft und 100 Prozent erneuerbare Energien einzuleiten und zu vollenden.
- es ist jetzt an der Zeit, die Bundeswehr schnellstmöglich aus

Afghanistan abzuziehen und unsere Lehren aus diesem Desaster zu ziehen.

Jedes Denken, das nicht im Alten verharret, ist dabei grundsätzlich zunächst einmal willkommen. Das ist unsere erste politische Aufgabe und Pflicht geworden. Das Erringen eines Mandats, das Gewinnen einer Wahl, das Bilden einer Regierung, können immer nur ein Mittel für diese Aufgabe sein.

Denn, machen wir uns nichts vor: es ist ein Selbstzweck geworden.

Und darum verlieren die Parteien an Vertrauen, Mitgliedern, Wählerinnen und Wählern.

Außer wir Grüne. Doch lässt mich das nicht jubilieren. Das lässt mich - angesichts der Aufgaben der Zeit - eher drei Mal schlucken, ob der Verantwortung, die nun auf uns zukommen wird.

Nun höre ich schön. „Aha, wir haben es doch schon immer gesagt. Führt erst mal eine Regierung: Ihr glaubt doch ohnehin, ihr wisst alles und könnt alles besser!“

Diese Einschätzung meiner Partei ist so falsch, wie es etwas nur falsch sein kann.

Wir haben nie behauptet, wir machen es besser. Wir haben immer darauf bestanden, dass wir es anders machen müssen.

Immer mehr Menschen spüren dies, weil sie spüren, dass vieles anders gemacht werden muss. Das ist der Grund für unseren Höhenflug und auch die Hoffnung, die vermehrt in uns gesetzt wird.

Darum haben wir heute auch unseren Landesvorsitzenden Sven Lehmann eingeladen, mit dem auch ich schon einige Kämpfe für ein neues Denken ausgefochten habe und für den ich glaube auch hier gesprochen zu haben.

Ich Danke ihnen vielmals. Und denken Sie daran: Oben bleiben!

Sven, Du hast das Wort

33. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
25. - 27. November 2011, Sparkassen-Arena Kiel

[Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort]

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Delegierte, liebe interessierte Öffentlichkeit,

als ich im November 2008 auf der BDK in Erfurt die Aufnahme einer einmaligen Vermögensabgabe nach dem Grundgesetz in unseren Green New Deal beantragt habe, habe ich zur Begründung gesagt, dass nicht weniger als die politische Stabilität unserer Demokratien auf dem Spiel steht.

Heute sage ich, wir sind drei Jahre nach dem ersten Ausbruch der Krise in eine Phase eingetreten, in der die Entscheidung fallen wird. Entweder wir gewinnen eine demokratisch legitimierte Steuerungsfähigkeit über die Finanzmärkte zurück, oder eine abzusehende Weltwirtschaftskrise wird uns noch vor Probleme ganz anderer Größenordnungen stellen, als den finanziellen Bankrott und politischen Souveränitätsverlust Griechenlands.

Unserer politischer Orientierungsrahmen ist schon lange nicht mehr die Bevölkerung, nicht das Parlament oder gar die

Republik, er besteht aus einem globalen Geflecht von Banken, Hedgefonds sowie Versicherungen, die teilweise in Grauzonen agieren und ein enormes Volumen an Finanztiteln angehäuft haben.

Die Ursachen sind:

- Die erfolgte Deregulierung des Finanzsektors.
- Massive Ungleichgewichte bei der Vermögensverteilung zugunsten einiger weniger.
- Das systemische Versagen der Verknappungsfunktion des Marktes bei sogenannten strukturierten Finanzprodukten wie Derivaten.
- Machtkonzentrationen bei globalen Playern wie Großbanken, Versicherungskonzernen und Transnationalen Konzernen allgemein.
- Die Überantwortung der Geldschöpfung jenseits der Zentralbanken an die Geschäftsbanken, die heute durch Kreditvergabe 95% des Buchgeldes aus dünner Luft schöpfen.

Es sind die langen Linien, die darum im Zentrum unseres Antrages stehen, der deshalb auch nicht als Alternative zum Leitanspruch zu verstehen ist. Gemeint sind die langen Linien seit 1929 und den darauf folgenden politischen Instabilitäten und der Great Depression.

Wieder einmal droht eine Great Depression, wieder einmal gibt es einen enormen Abschreibungsbedarf, wieder einmal folgt auf einen schuldenfinanzierten Boom der große Absturz, wieder einmal – so steht zu befürchten – geraten die großen Wirtschafts- und Währungsräume in ein Gegeneinander. Unser Antrag fordert darum die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die bis zur nächsten BDK in Hannover einen Bericht über solch grundsätzliche Problemlagen vorlegen soll.

Weder Währungsspekulationen noch Machtkonzentration im Finanzsektor, weder die freihändige Geldschöpfung noch Vermögenskonzentrationen, weder Überschuldungen noch die Referenzlosigkeit der Währungen und Finanzmärkte sind schicksalhaft gegeben. Der Markt ist nicht das Signum der Wirklichkeit, der scheinbar neutrale Richter über unsere ökonomischen Handlungen.

Alles ist menschengemacht. Auch unser Finanzsystem. Dieses System ist das Aussteuerungssystem geworden, das Arbeits- und Gütermärkte steuert. Es steuert unsere Wirtschaft, unser Leben jedoch ohne Maß. Weder bei der Geldmenge, noch bei den angehäuften Anspruchstiteln oder den Vermögenskonzentrationen oder gar beim Naturverbrauch gibt es noch ein Maß. Stattdessen haben die Finanzmärkte damit begonnen, Gesellschaften als Ganzes abzuschöpfen – es ist

ein Kommando eines supranationalen Finanzsystems geworden. Wir nennen diese politische und ökonomische Machtkonstellation gerade „Staatsschuldenkrise“.

Und was immer wir jetzt auch zunächst retten – den Euro, Griechenland, Italien, die Banken –, die Demokratie wird jedenfalls nur zu retten sein, wenn wir vor der alles entscheidenden Machtfrage jetzt nicht kneifen, sondern sie wirklich stellen und gemeinsam mit der großen Menge der Menschen auch zu gewinnen versuchen.

Unser Wirtschaftssystem hat eine innere (ökonomische) und äußere (ökologische) Grenze nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten. Das Drehen an Stellschrauben oder kurzfristige Reparaturen sind aber sinnlos, wenn sich die ganze Maschine als Fehlkonstruktion erweist.

Darum auch verstehen die 90 AntragstellerInnen diesen Antrag als sehr weitgehend und offen. Sowohl der Ergänzungsantrag der BAG ChristInnen über Zinsobergrenzen als auch andere Überlegungen wie etwa Keynes Bancor-Plan – also eine globale Referenzwährung – sollten oder könnten in den Arbeitsprozess einfließen.

Und Abschließend: Machtpolitisch werden wir die anstehenden Probleme demokratisch nur mit einem Mitte-Unten-Bündnis

lösen können, das über Partei- und Parlamentsgrenzen hinaus eingegangen werden muss. Auch dazu rufe ich Euch und meine Partei auf.

Vielen Dank!